

Regierungserklärung von Ministerpräsident *Peter Müller* *„Stabile Familien - Starke Kinder - Gute Bildung“*

Es gilt das gesprochene Wort!

Staatskanzlei des Saarlandes, Saarbrücken, den 03. September 2007

Anrede,

Das Saarland ist ein lebens- und liebenswertes Land im Herzen Europas. Es feiert als Bundesland in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag und das Motto lautet: „50 Jahre Saarland - Schön, dass du da bist“. Ein richtiges Motto. Denn dieses Bundesland hat sich in den vergangenen 50 Jahren zu einem wichtigen, national fest eingebundenen, gleichzeitig stark europäisch orientierten, selbstbewussten und anerkannten Teil der föderalen Familie der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Ohne unser Saarland wäre Deutschland ärmer. Niemand kann dies bestrafen. Darüber sollten wir uns freuen. Darauf können wir stolz sein.

Natürlich sah und sieht dieses Land sich großen Herausforderungen gegenüber. Die verspätete Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland bedeutete einen erheblichen und nachhaltigen Standortnachteil für unser Land. Zumindest unter den alten Bundesländern gibt es kein Land, das insgesamt einem vergleichbar dramatischen Strukturwandel wie das Saarland ausgesetzt war und ist. Und doch hat unser Land sich hervorragend behauptet und insbesondere in den letzten Jahren sich zunehmend nach vorne gearbeitet. Offizielle, objektiv nachprüfbare Statistiken von dritter Seite bestätigen diese Entwicklung. Sicherlich gibt es einzelne Bereiche, in denen unverändert Verbesserungsbedarf besteht. Insgesamt aber wird zumindest von außen nicht mehr bezweifelt, dass unser Land sich dynamisch entwickelt und im Konzert der Bundesländer zum Aufsteigerland geworden ist.

Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Zwischen 1999 und 2006 ist die Saarlwirtschaft um exakt 11,8 Prozent gewachsen. Das ist rund ein Viertel mehr als der Bundesschnitt, das ist das höchste Wachstum unter allen Bundesländern. Und auch in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben wir geschafft, was noch vor zehn Jahren niemand zu prognostizieren gewagt hätte: Betrug die Arbeitslosenquote 1999 noch 11,9 Prozent und lag über dem Bundesdurchschnitt, so lag sie im Jahre 2006 nur noch bei 9,9 Prozent und damit unter dem Bundesdurchschnitt; derzeit liegen wir bei 8,5 Prozent. Erstmals seit vielen Jahren können wir im Jahresdurchschnitt die 43.000-Grenze unterschreiten. Und wenn nichts völlig Unerwartetes geschieht, gerät im nächsten Jahr sogar die 40.000er-Marke in Sichtweite.

Besonders erfreulich ist die Rückführung der Jugendarbeitslosigkeit; Während die Jugendarbeitslosenquote 1999 im Saarland noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag, lag sie im Mai 2007 mit 6,4 % deutlich unter dem Bundesschnitt. Dies ist der vierbteste Platz aller Bundesländer. Gegenüber den Vorjahreswerten ging die Jugendarbeitslosigkeit im Saarland in diesem Jahr um mehr als ein Drittel zurück. Das heißt konkret, dass es jetzt 1.900 Arbeitslose unter 25 Jahren weniger gibt als vor einem Jahr. Dieser Rückgang entspricht einem bundesdeutschen Spitzenwert. Dies alles zeigt beispielhaft: Trotz aller Probleme und Aufgaben, die vor uns liegen, hat dieses Land allen Grund, selbstbewusst und hoffnungsfroh die Zukunft anzupacken. Dieses Land ist auf einem guten und richtigen Weg.

Die Vielfalt dieses Landes, die kulturelle Identität, die Leistungsfähigkeit und Lebensfreude seiner Menschen - all dies war unmittelbar erfahrbar im Rahmen unseres großen Landesfestes, das wir gemeinsam vor zwei Wochen gefeiert haben. Es war

ein tolles Fest, das größte in der Geschichte unseres Landes. 600.000 Menschen haben fröhlich und - vor allem - friedlich den Geburtstag unseres Landes gefeiert. Alle, die dabei waren, waren begeistert. Niemand hat etwas vermisst. Alles war perfekt organisiert. Ich war tief beeindruckt, mit welchem Engagement und welcher Hingabe die vielen Institutionen und Vereine, die Städte, Gemeinden und Landkreise, die Hilfsorganisationen und die Kulturschaffenden, die Gastronomie sowie nicht zuletzt unsere saarländische Polizei und die Einsatzkräfte zum Gelingen dieses Gemeinschaftswerkes beigetragen haben. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger und viele Einrichtungen, die ich an dieser Stelle gar nicht alle aufzählen kann, haben mit angepackt. Ich möchte mich bei allen, die bei Organisation und Durchführung des Landesfestes beteiligt waren, ganz herzlich bedanken. Das war eine hervorragende und tadellose Leistung, Ein schönes Fest, ein tolles Erlebnis, ein großartiger Beweis der Identität, der Lebensfreude und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Die Zukunft unseres Landes - das sind natürlich vor allem und in erster Linie unsere Kinder. Eine gute Zukunft wird ein Land nur haben:

- wenn es ein kinderfreundliches, kinderoffenes und auf Dauer kinderreiches Land ist
- wenn Kinder willkommen sind und nicht als störend empfunden werden,
- wenn die Fähigkeiten und Talente von Kindern bestmöglich gefördert und gefordert werden,
- wenn unsere Kinder die Chance haben, starke Persönlichkeiten zu werden und
- wenn ihnen gute Lebens- und Berufsperspektiven in dieser Region zu Verfügung stehen.

Deshalb ist die Förderung des Wohles unserer Kinder eine zentrale Zukunftsaufgabe unseres Gemeinwesens. Alle gesellschaftlichen Institutionen sind gefordert, an der Erfüllung dieser Aufgabe mitzuwirken. Natürlich ist die Förderung des Kindeswohles eine der vornehmsten Aufgaben des Staates. Doch nicht nur der Staat ist gefordert. Auch alle anderen in Wirtschaft und Gesellschaft tätigen Institutionen und Personen sollten es sich zur Aufgabe machen, zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Lebensperspektiven unserer Kinder beizutragen. Viele vorbildliche Initiativen existieren bereits. Sie alle verdienen Dank und Unterstützung. Und doch glaube ich, dass es noch zahlreiche Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements zur Verbesserung der Kinderfreundlichkeit unseres Gemeinwesens gibt. Diese Möglichkeiten aufzuzeigen und umzusetzen, sollten wir uns zur gemeinsamen Aufgabe machen. Vor allem aber gilt es, Art. 6 Absatz 2 des Grundgesetzes zu beachten: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“ Prägnanter lässt sich die zentrale Bedeutung der Familie und die subsidiäre Rolle des Staates bei der Erziehung der Kinder kaum beschreiben. Familien sind Keimzellen der Gesellschaft. Ohne intakte Familien kein stabiles Gemeinwesen. Die besten staatlichen Betreuungs- und Erziehungsangebote werden die Vorbildfunktion der Eltern, vor allem aber elterliche Liebe und Zuneigung allenfalls unvollkommen ersetzen können.

Deshalb muss, wer starke Kinder will, auch für stabile Familien eintreten. Es gibt ein evidenten staatliches Interesse daran, Familien zu stabilisieren und sie bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsfunktion zu unterstützen. Die saarländische Landesregierung fühlt sich diesem Ziel in besonderer Weise verpflichtet. Die Familie ist die zentrale, unverzichtbare Institution unserer Gesellschaft. Dabei ist Familie überall dort,

wo Eltern für Kinder oder Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Alle Versuche, den Familienbegriff enger zu fassen, gehen nach meiner Überzeugung nicht nur an der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorbei, Sie sind auch mit den Vorgaben des Grundgesetzes nicht vereinbar.

Es ist weder Aufgabe noch Recht des Staates, dem Einzelnen vorzuschreiben, in welcher Weise er Familie lebt. Wer sich für Kinder entschieden hat und Erziehungsverantwortung übernimmt, tut etwas, was auch im Interesse des Staates liegt. Hierauf gründet sich der Anspruch auf Hilfe und Unterstützung, unabhängig davon, mit welchem Lebensentwurf im übrigen diese Entscheidung verbunden ist. In diesem Zusammenhang bisweilen mit hoher Emotionalität geführte Debatten machen wenig Sinn. Es ist ebenso unsinnig, eine Frau, die sich für Familie und Beruf entschieden hat, als „Rabenmutter“ zu bezeichnen, wie es umgekehrt unsinnig ist, eine Frau, die sich entschieden hat, zugunsten der Erziehung ihrer Kinder - zumindest vorübergehend - auf eine Berufstätigkeit zu verzichten, als „Heimchen am Herd“ zu diskreditieren. Beide Lebensentwürfe hat der Staat gleichermaßen zu achten, zumal - insbesondere bei Alleinerziehenden - die Möglichkeit eines Verzichtes auf eine berufliche Tätigkeit häufig überhaupt nicht gegeben ist.

Beide Lebensentwürfe sind gleichwertig. Deshalb begründet das staatliche Interesse an einer kinderreichen und kinderfreundlichen Gesellschaft den Auftrag zur Herstellung echter Wahlfreiheit, Nachholbedarf besteht dabei gegenwärtig unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - insbesondere bei der Schaffung zusätzlicher Betreuungsmöglichkeiten. Dahingehende Initiativen werden daher von der saarländischen Landesregierung - worauf ich noch zurückkommen werde - unterstützt. Mit Blick auf das vorrangige Recht der Eltern zur Pflege und Erziehung ihrer Kinder ist es Aufgabe des Staates:

- die Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrages zu unterstützen,
- Erziehungsversagen zu verhindern,
- ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten sicherzustellen,
- und bestmögliche Bildungsangebote zur Förderung unterschiedlicher Begabungen vorzuhalten.

Das ist eine Aufgabe, die alle politischen Ebenen betrifft. Bevor ich daher die landespolitischen Aspekte unserer Politik für stabile Familien, starke Kinder und gute Bildung beleuchte, erlauben Sie mir wenige bundespolitische Anmerkungen.

Erstens: Mit der Forderung nach einer kindereichen und kinderfreundlichen Gesellschaft ist der Tatbestand, dass Kinder nach wie vor ein Armutsrisiko in Deutschland sind, nicht vereinbar. Mit Inkrafttreten der neuen Sozialgesetzgebung im Bereich von SGB II und SGB XII hat sich die Zahl der Empfänger staatlicher Fürsorgeleistungen auf derzeit 7,5 Mill. Menschen nahezu verdoppelt. Darunter befinden sich 2,2 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die von Sozialleistungen leben. Damit ist fast jedes 7. Kind von Armut bedroht oder betroffen. Es gibt die begründete Sorge, dass Familien, die in prekären Einkommenslagen knapp oberhalb der Armutsgrenzen leben, zunehmen werden. Das ist eine alarmierende Entwicklung, der wir nicht tatenlos zusehen dürfen.

Vor diesem Hintergrund findet gegenwärtig eine richtige Diskussion um die Erhöhung des Kinderzuschlages statt. Es stellt sich allerdings die Frage, ob nicht darüber hinaus ein sehr viel grundsätzlicherer Ansatz geeignet ist, die soziale Absicherung von Kindern dauerhaft zu verbessern. Auch im Sinne verbesserter Transparenz und Zielgenauigkeit familienpolitischer Leistungen erscheint es sinnvoll, alle Leistungen für

Familien in einer Familienkasse zu bündeln und dort bedarfsgerechte Sätze festzusetzen, die einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung von Kinderarmut leisten könnten,

Zweitens: Die Entscheidung für Kinder bedeutet für viele Eltern eine tiefe menschliche Erfüllung. Sie setzt aber auch die Bereitschaft voraus, eine beträchtliche finanzielle Last zu schultern. Dem kann durch die Weiterentwicklung des Ehegatten- zu einem Familiensplitting Rechnung getragen werden.

Drittens: Die saarländisch© Landesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass typische Kinderartikel generell dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz unterstellt werden.

Viertens: Wer Kinder erzieht, leistet einen Beitrag zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme; denn er sorgt für die Beitragszahler von morgen. Dem sollte nicht nur auf der Leistungs-, sondern auch auf der Beitragsseite Rechnung getragen werden. Ungeachtet dieser bundespolitischen Fragestellungen sieht die saarländische Landesregierung ihre Aufgabe darin, durch eine Vielzahl von Maßnahmen in den dargestellten vier Tätigkeitsfeldern bestmögliche Bedingungen für Familien und Kinder zu schaffen. Das bisher Erreichte kann sich sehen lassen. In vielen Bereichen hat das Saarland eine Vorreiterrolle übernommen. Mit dem nachfolgend dargestellten Maßnahmenbündel wird die Landesregierung gleichwohl in den kommenden zwei Jahren erneut den Bereich Bildung und Betreuung zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit machen, Unsere Offensive für stabile Familien, starke Kinder und gute Bildung wird zu weiteren deutlichen Verbesserungen in unserem Land führen.

Erstens: Wir werden die bewährten Instrumente der Erziehungsunterstützung und -beratung ausbauen. Mit dem Landesprogramm „Frühe Hilfen“ wird eine durchgehende und professionelle medizinische, psychologische und soziale Beratung bereits während und nach der Schwangerschaft angeboten. Außerdem werden wir ab dem kommenden Jahr in Kooperation mit der Universität Heidelberg für alle Eltern Elternkurse anbieten, in denen Kinderkliniken, Kinderärzte, Hebammen und Familienbildungsstätten zusammenarbeiten. Und wir werden die nachgehende Hebammenbetreuung vor Ort, die zurzeit in der Regel etwa acht Wochen lang praktiziert wird, für solche Bedarfsfälle über ein ganzes Jahr anbieten, bei denen dies aufgrund besonders prekärer Lebenslagen notwendig ist.

Mit Projekten wie „EiternWissen“, „Keiner fällt durchs Netz“ oder mit der Einrichtung von Elternschulen leisten wir aktive Hilfestellung, wenn es um Probleme bei der Erziehung, um gesundheitliche Vorsorge und gesunde Ernährung, um Lernschwierigkeiten und um spezielle problematische Lebenssituationen geht. Dabei zielen wir insbesondere auf jenen Bevölkerungskreis, in denen diese Hilfe aufgrund von besonders risikobehafteten Lebenslagen am dringendsten gebraucht wird. Besondere Bedeutung misst die saarländische Landesregierung dem Projekt „Lokale Bündnisse für Familien“ zu. Lokale Bündnisse für Familie sind ein Zusammenschluss ehrenamtlich tätiger Menschen, mit dem Ziel die Lebensbedingungen von Familien und Kindern in allen Bereichen des Zusammenlebens zu verbessern.

Derzeit gibt es bereits 17 Zusammenschlüsse von lokalen Bündnissen für Familien im Saarland, sieben weitere sind in der Gründungs- bzw. Planungsphase. Das Saarland gehört damit zu den Bundesländern mit der größten Bündnisdichte. Unser Ziel ist eine flächendeckende Versorgung mit diesen Bündnissen. Die Landesregierung hat deshalb im Dezember 2006 eine Kontakt- und Servicestelle für die Lokalen

Bündnisse für Familie im Saarland eingerichtet. Diese dient als gegenseitige Informationsplattform und gewährleistet die Vernetzung der saarländischen Bündnisse untereinander. Außerdem bündelt sie Aktivitäten und begleitet und forciert neue Bündnisgründungen.

Der Erfahrungsaustausch und die Vertiefung der gegenseitigen Kontakte sowie die Koordinierung der gemeinsamen Arbeit in Netzwerktreffen bringen die Bündnisse wirkungsvoll und nachhaltig voran. Lokale Bündnisse für Familien werden damit zu einem zentralen Element der Verwirklichung einer kinderfreundlichen Gesellschaft in unserem Land. Darüber hinaus beteiligen wir uns gemeinsam mit dem Bund an dem Projekt „Mehrgenerationen-Haus“ und unterstützen Familien- und Nachbarschaftszentren sowie Agenturen für familienunterstützende haushaltsnahe Dienstleistungen. Der schnelle und einfache Zugang zu familienpolitischen Leistungen wird sichergestellt. Im Bereich des Elterngeldes ist die zügige Bearbeitung und Auszahlung durch personelle Verstärkungen künftig gewährleistet. Die Landesregierung stellt damit sicher, dass Eltern - beginnend bereits während einer Schwangerschaft - ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungsangebot zur Verfügung steht, um ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden zu können. Die Angebote richten sich gleichermaßen an Eltern und Kinder. Jeder, der Hilfe sucht, soll Hilfe erhalten, Niemand wird allein gelassen.

Zweitens: Leider kann trotzdem nicht ausnahmslos davon ausgegangen werden, dass Eltern ihrer Erziehungsverantwortung immer gerecht werden oder angebotene Hilfe annehmen. Immer wieder werden wir durch Fälle der Verwahrlosung und des Missbrauchs von Kindern erschüttert. Aufgabe des Staates ist es daher, das Kindeswohl soweit wie möglich auch vor unverantwortlichem Elternhandeln zu schützen. Das Saarland hat daher als erstes Bundesland gesetzliche Regelungen zur verpflichtenden Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen beschlossen. Die ersten Erfahrungen geben uns recht. Der Start dieses Projektes ist ausgezeichnet gelungen. Die Zusammenarbeit mit den Meldebehörden und den saarländischen Kinderärzten ist hervorragend und lässt nichts zu wünschen übrig. Von 958 Kindern, die im Zeitraum vom 1.7.2007 bis zum 19. 8.2007 den Untersuchungszeitraum überschritten haben, wurde bisher lediglich in 19 Fällen keine Rückmeldung erstattet. Dies entspricht einem Prozentsatz von nicht einmal 2%. Diese Fälle werden nun nach Übergabe an das Gesundheitsamt von den Mitarbeitern des Gesundheitsamtes aufgeklärt, so dass wir zuversichtlich sind, dass wir zum Wohle der Kinder ein äußerst wirkungsvolles Überwachungssystem implementiert haben.

Die hohe Qualität unseres Modells zeigt sich auch darin, dass die Gesundheitsministerin von Rheinland-Pfalz - Frau Malu Dreyer - mit unserem Gesundheitsminister Josef Hecken derzeit darüber verhandelt, dass das Screening für Rheinland-Pfalz ebenfalls vom Zentrum für Kindervorsorge in Homburg durchgeführt wird. Die Chancen für eine Zusammenarbeit in diesem Bereich stehen sehr gut. Mittlerweile sind weitere Bundesländer unserem Vorbild gefolgt und haben ähnliche Regelungen beschlossen oder sind auf guten Weg, so Bremen, Hessen und Rheinland-Pfalz. Festzustellen ist daher: Auch in diesem Bereich ist das Saarland Vorreiter - zum Wohle und im Interesse unserer Kinder,

Drittens: Während das Saarland bereits vor 1999 im Kindergartenbereich über vernünftige Angebotsstrukturen verfügte, stellte sich die Situation im Krippenbereich höchst unbefriedigend dar: Damals gab es gerade mal 636 Krippenplätze, heute sind es circa 2.300 Plätze, also fast das Vervierfache. Kein anderes westliches Bundesland hatte in den zurückliegenden Jahren eine so große Zunahme des Platzangebo-

tes an Krippenplätzen wie das Saarland. Mit einer Versorgungsquote von 10 Prozent liegen wir unter den westdeutschen Flächenstaaten damit auf dem ersten Platz. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen und in Bayern reicht das Angebot nur für jedes fünfzigste Kind. Dies ist natürlich nicht allein das Verdienst der Landesregierung, dies ist insbesondere auch das Verdienst der Landkreise, des Stadtverbandes, der Kommunen und der Träger, denen ich hierfür an dieser Stelle meinen herzlichen Dank aussprechen möchte.

Aber damit sind wir noch lange nicht am Ziel. Vielmehr haben wir uns vorgenommen, gemeinsam mit unseren Partnern bis zum Jahr 2013 allen Eltern, die eine Betreuung wünschen, diese auch zur Verfügung zu stellen. Dabei gehen wir davon aus, dass wir für 35% aller Unter- Dreijährigen einen Krippenplatz oder ein vergleichbares Angebot schaffen müssen. Nach den Berechnungen der Fachleute sind das durchschnittlich 860 zusätzliche Krippenplätze pro Jahr. Das bedeutet für uns eine enorme finanzielle Anstrengung. Um so mehr habe ich mich über die vor wenigen Tagen erreichte Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gefreut, wonach der Bund ab dem nächsten Jahr insgesamt vier Milliarden Euro zur Errichtung und zum Betrieb dieser Kinderkrippen beitragen wird. Auf dieser Grundlage wollen wir gemeinsam mit den Kommunen unseren Beitrag leisten, um die bis 2013 angestrebte Verdreifachung der Betreuungsangebote im Krippenbereich zu erreichen.

Viertens: Auch hinsichtlich der Betreuungsangebote im Kindergartenbereich hat das Saarland Maßstäbe gesetzt. Als erstes Bundesland haben wir den Elternbeitrag für das letzte Kindergartenjahr abgeschafft. Zugleich haben wir seit 1999 die Zahl der Ganztagsplätze in den Kindergärten von 3.000 um nicht weniger als 75 Prozent auf heute 5.400 gesteigert. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher haben wir veränderten Rahmenbedingungen angepasst und an der Hochschule für Technik den neuen Studiengang „Soziale Arbeit/Pädagogik der Kindheit“ eingerichtet. Hier werden jetzt auf Hochschulniveau qualifizierte Fachkräfte nicht nur für Betreuung und Erziehung, sondern insbesondere auch für vorschulische Bildung und die pädagogische Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten auf die Grundschule ausgebildet.

Fünftens: Kindergartengärten sind Bildungsstätten. Dies wird mittlerweile nicht mehr ernsthaft bestritten. Gerade die vorschulische Bildung ist ganz entscheidend, wenn es um die weitere kognitive Entwicklung des Kindes geht. Die saarländische Landesregierung hat daher ein Bildungsprogramm auf den Weg gebracht, das die gemeinsame Verantwortung von Eltern, Erzieherinnen, Trägern und dem Land für das frühe Lernen betont. Es umfasst grundlegende mathematische, naturwissenschaftliche und technische Inhalte sowie Themen wie Gesundheitserziehung, soziale und kulturelle Erziehung, Werteerziehung und religiöse Bildung, bildnerisches Gestalten und Musik, Sprache und Schrift. An derzeit 160 saarländischen Kindergärten wird die Sprachkompetenz der Kinder durch das Trainingsprogramm *Hören, Lauschen, Lernen* gefördert.

Ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit ist dabei der besondere Fokus, den wir auf den Erwerb und die Beherrschung der deutschen Sprache schon im Vorschulalter legen. Denn wer ohne hinreichende deutsche Sprachkenntnisse ins erste Grundschuljahr eintritt, der befindet sich meist schon von vornherein auf der Verliererstraße. Dies betrifft natürlich in erster Linie die Kinder von Migranten, in deren Elternhäusern oftmals wenig und unzureichend oder auch gar nicht Deutsch gesprochen wird. Sprachdefizite bei der Einschulung werden zunehmend aber auch bei den Kindern deutscher Eltern festgestellt. Unser Programm „Früh Deutsch lernen“ setzt da-

her schon im Vorschulalter an. Diejenigen Kinder, bei denen Sprachtests vor der Einschulung Defizite feststellen, erhalten eine besondere Förderung und werden erst dann eingeschult, wenn diese Defizite zu einem Mindestmaß behoben sind.

Diese Förderkurse setzen sich in der Grundschule fort. Im vergangenen Jahr war dies in 31, in diesem Jahr ist dies schon in 50 Schulen der Fall. Bis zum Jahr 2011 streben wir eine Verdoppelung des Angebotes auf 100 Schulen an. Damit ist ein flächendeckendes ortsnahe Angebot erreicht. Wir werden hierfür jährlich 3 Millionen Euro aufwenden. Dies ist gut investiertes Geld. Denn unserem Ziel einer verbesserten Integration und einer größeren Chancengleichheit für Migranten und für die Kinder der sogenannten bildungsfernen Schichten werden wir dadurch ein gutes Stück näher kommen.

Sechstens: Ebenso wie wir die Betreuungsangebote im Kindergartenbereich durch die Schaffung zusätzlicher Ganztagsangebote ausgeweitet haben, haben wir im Schulbereich zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten geschaffen. Auch hier war die Ausgangslage fatal: Die Vorgängerregierung garantierte weder die Verlässlichkeit des Stundenplans, noch wurden nachmittägliche Betreuungsangebote in relevantem Umfang geschaffen. Mittlerweile hat das Saarland auf der Basis des Konzeptes der freiwilligen Ganztagschule das dichteste Angebot an nachunterrichtlicher Bildung und Betreuung. 151 von 160 saarländischen Schulen bieten heute Betreuung bis 16.00 Uhr an. Schon mit Beginn dieses Schuljahres haben die Nachmittagsangebote an den Grundschulen nicht mehr drei sondern fünf Lehrerwochenstunden. Das heißt: Bei entsprechender Organisation steht jeden Tag ein Lehrer am Nachmittag zur Verfügung, um die Kinder bei den Hausaufgaben zu unterstützen und ihnen beim Lernen zu helfen.

Ein Stufen-Programm „Freiwillige Ganztagschule Plus“ wird darüber hinaus weitere qualitative Verbesserungen bringen. Im ersten Schritt werden alle Schulen - wie jetzt schon die Grundschulen - fünf Lehrer-Stunden bekommen, und zwar ab dem nächsten Schuljahr. Gleichzeitig werden die Zuschüsse des Landes an die Träger verdreifacht. Statt bisher 5.000 € pro Gruppe, stehen dann 15.000 € pro Gruppe bereit. Im Jahr darauf wird der Zuschuss an die Träger wiederum um weitere 5.000 Euro pro Gruppe erhöht. Dies wird neben der Qualitätsverbesserung auch eine deutliche Senkung der Elternbeiträge ermöglichen. Dabei gilt: Das Saarland garantiert bei entsprechender Nachfrage für jedes Kind einen Platz in der Freiwilligen Ganztagschule. Zudem haben wir mit den Kommunen vereinbart, Kindern von Sozialleistungsbeziehern und einkommensschwachen und geringverdienenden Eltern einen Zuschuss zum Schulessen zu gewähren, damit niemand vom gemeinsamen Mittagessen ausgeschlossen ist. Hierfür stellen wir zusammen 1,2 Millionen Euro bereit. Parallel hierzu läuft eine Bundesratsinitiative des Saarlandes zur Nachbesserung von Hartz IV. Der Hartz IV-Beitrag für das häusliche Mittagessen liegt nämlich deutlich unter den Kosten für ein Mittagessen in der Ganztagschule. Das ist nicht akzeptabel.

Siebtens: Zur Intensivierung der Betreuungsqualität an unseren Schulen bauen wir das Projekt „Schoolworker“ aus. Kaum ein Projekt verdeutlicht so augenscheinlich den Zusammenhang zwischen Bildung und unterstützender Sozialarbeit wie das Projekt „Schoolworker“. Schoolworker haben die Aufgabe, Projekte insbesondere des sozialen Lernens in enger Abstimmung mit den Lehrkräften an die Schulen zu tragen, Schüler, Eltern und Lehrkräfte bei sozialpädagogischen Fragestellungen zu beraten und nach ersten Abklärungsprozessen bei individuellen Problemlagen Schüler und Eltern an spezialisierte Dienste zu vermitteln. Nach überaus positiven, von wissenschaftlicher Seite bestätigten Erfahrungen mit diesem Projekt in den Jahren 2003

bis 2006, hat die Landesregierung den Landkreisen die Option unterbreitet, die Anzahl dieser Schoolworker zu verdoppeln, wenn sie ihrerseits sich mit 50% an den Personalkosten beteiligen. Von dieser Option haben alle Kreise Gebrauch gemacht so dass ab dem Schuljahr 2007/2008 insgesamt 39 Stellen zur Verfügung stehen.

Achtens: Natürlich sind Schulen nicht nur Betreuungs-, sondern vor allem Bildungseinrichtungen. Wir wollen die besten Bildungseinrichtungen für unsere Kinder. Dabei hat sich in den vergangenen Jahren viel verbessert. Unsere Qualitätsoffensive zeigt erste Ergebnisse. Wir stehen im Vergleich zu anderen mittlerweile gut da. Die Effizienz unseres Bildungswesens ist hoch, auch und gerade dank des großen Engagements der saarlandischen Lehrerschaft. In vielen Bereichen - wie etwa bei der flächendeckenden Einführung des G8 - waren wir Vorreiter. Nach dem Bildungsmonitor 2007 des Instituts der deutschen Wirtschaft liegt das Bildungssystem des Saarlandes auf Rang 5 - vier Plätze vor unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz und sogar vor den finanzstarken Ländern Hessen und Hamburg. Wir ruhen uns nicht auf diesen Ergebnissen aus. Wir setzen den Weg der Qualitätsverbesserung unseres Bildungswesens konsequent fort.

So wird die Qualitätsoffensive im Grundschulbereich weitergeführt. Wir erinnern uns: in den Jahren vor 1999 ist die Zahl der Jahreswochenstunden von ursprünglich 96 auf 89 gekürzt worden. Das war nichts anderes als ein schleichender Ausdünnungsprozess, den unser Vorgängerregierungen hier in Gang gesetzt haben. Wir haben diesen Trend umgekehrt. Heute liegen wir mit 102 Jahreswochenstunden in der Spitzengruppe aller Bundesländer. Hinzu kommen besondere Einzel- wie auch Gruppenförderstunden, die bestehende Defizite aufholen oder besondere Begabungen verstärken. Dieses Förderkonzept ist bundesweit vorbildlich.

Vorangekommen sind wir aber auch bei der Reduzierung der Zahl derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Betrug die Schulabbrecherquote im Jahre 1999 noch 11 Prozent, so ist es uns gelungen, diese auf unter 8 Prozent im Jahre 2006 zu senken. Dennoch ist uns die Zahl der Jugendlichen, die ihre Schulausbildung abbrechen und deshalb auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geringere Chancen haben, noch immer zu hoch. Deshalb werden wir das freiwillige 10. Schuljahr an den Lernförderschulen weiter ausbauen. Unser Ziel ist es, an allen 19 Förderschulen ein solches Angebot bereit zu stellen.

Hinzu kommt die Initiative „Du schaffst es“. Diese Initiative wird mit rund 6 Mio. € auf drei Jahre gemeinsam finanziert von der Bundesagentur für Arbeit und der Landesregierung, Sie enthält zwei Teilprojekte, den Modellversuch "Werkstatt-Schule" im berufsbildenden Bereich und den Modellversuch "Reformklassen" in den allgemeinbildenden Schulen. Ziel ist die frühe Förderung auch durch eine sozialpädagogische Begleitung, einen stärkeren Praxisbezug und individuelle Berufswegeplanung. Auch dies zeigt: Wir geben niemanden auf. Wir wollen jedem helfen, mit einem Schulabschluss seine Ausbildungs- und Lebensperspektive zu verbessern.

Neuntens: Auch nach der Grundschulreform sind die Klassen in unseren Grundschulen im Vergleich zu anderen Ländern relativ klein. So sind in der Grundschule die Klassenstärken niedriger und die Schulwege deutlich kürzer als in Rheinland-Pfalz. Anders stellt sich die Situation jedoch in den weiterführenden Schulen dar - besonders in der Unter- und Mittelstufe sind die Klassen eindeutig zu groß. Dies ist die Folge des radikalen Lehrerstellen-Abbaus durch die SPD und ihres damaligen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine. Damals wurden über 1.000 Lehrerstellen gestrichen, obwohl die Schülerzahlen noch anstiegen. Wir haben heute - trotz inzwischen stark gesunkener Schülerzahlen - 200 Lehrerstellen mehr als 1999. Dennoch haben sich

die Klassenfrequenzen an den weiterführenden Schulen nicht zuletzt wegen des starken Zulaufs zum 8jährigen Gymnasium nur geringfügig verbessert. Damit können und wollen wir uns nicht abfinden! Deshalb wird die Landesregierung diese Situation ändern; Größere Klassen als an den Grundschulen soll es in Zukunft auch an den weiterführenden Schulen nicht mehr geben. Dies gilt schon ab dem nächsten Schuljahr für die Eingangsklassen der weiterführenden Schulen. Danach wird die „Kleinere-Klassen-Garantie“ Jahrgang für Jahrgang aufsteigend realisiert. Hierfür stellt das Land in den nächsten sechs Jahren insgesamt 28 Mio. € bereit. Auf Dauer werden wir damit eine Absenkung der Klassenfrequenzen an den weiterführenden Schulen auf weniger als 30 Schüler pro Klasse erreichen. Außerdem werden wir die Durchlässigkeit unseres Schulsystems weiter erhöhen. Das achtjährige Gymnasium ist nicht der einzige Weg zum Abitur. Es gibt dazu Alternativen über die Erweiterten Realschulen, Gesamtschulen und beruflichen Schulen. Ebenso wird die Durchlässigkeit zwischen Hauptschulzweig und Realschulzweig verbessert, um diese Schüler genau so gut zu stellen wie die Gesamtschüler.

Ein weiterer Akzent zur Erhöhung der Durchlässigkeit in unserem Bildungswesen und zur Verbesserung der Chancen für die jungen Menschen ist darüber hinaus der deutliche Ausbau der beruflichen Gymnasien. Gab es 1999 lediglich vier Oberstufengymnasien, wurde deren Zahl mittlerweile verdoppelt. Unser Ziel ist mindestens ein berufliches Gymnasium in jedem Landkreis. Nicht zuletzt der Ausbau der beruflichen Gymnasien wird dazu beitragen, auch die Zahl der Abiturienten mit allgemeiner Hochschulreife und die Attraktivität des beruflichen Schulwesens insgesamt zu steigern. Schon heute liegen wir bei der Zahl der Absolventen mit der Berechtigung zum Studium im Vergleich der Länder weit vorn auf Platz 3. Auch hier ist es gelungen, gegenüber dem Jahr 2000 für einen deutlichen Zuwachs zu sorgen.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt der Sicherung von Unterrichtsqualität ist jedoch auch die Motivation und Zufriedenheit der Lehrerinnen und Lehrer. Sie alle wissen: Zur pädagogischen Konzeption von Erweiterten Realschulen, Gesamtschulen und Förderschulen gehört es, dass dort sowohl Hauptschullehrer als auch Realschul- und Sonderschullehrer unterrichten. Ihre Arbeit ist in weiten Bereichen ähnlich, ihre Bezahlung hingegen unterschiedlich. Zwar hat bisher das Bundesbesoldungsgesetz den Ländern hier enge Schranken gesetzt. Die saarländische Landesregierung hat sich dennoch vorgenommen, in Zukunft mehr Besoldungsgerechtigkeit zu erreichen. Dafür sollen Hauptschullehrerinnen und -lehrer zukünftig eine monatliche pensionswirksame Zulage in Höhe von 200 € erhalten. Die Zulage ist gebunden an eine gute pädagogische Leistung. Die Zulage wird in drei Stufen gezahlt: Ab dem ersten Januar nächsten Jahres gilt die Regelung zunächst für die dann mindestens 60-Jährigen, ab dem ersten Oktober 2008 für die dann 58-Jährigen und ab dem ersten Oktober 2009 für alle Lehrkräfte, die mindestens 5 Jahre im Dienst sind. Dieses Mehr an Besoldungsgerechtigkeit wird nur finanzierbar durch eine auf fünf Jahre befristete moderate Verringerung der A13-Eingangsbezüge neu eingestellter Real- und Sonderschullehrkräfte; sie erhalten dafür im Gegenzug aber weitaus bessere Aufstiegsperspektiven als bisher. Diese Initiative für mehr Besoldungsgerechtigkeit ist für uns auch ein Beitrag zur Arbeitszufriedenheit in unseren saarländischen Schulen; sie honoriert die hervorragende und gesellschaftlich so ungemein wertvolle Arbeit der vielen tausend Lehrerinnen und Lehrer, die Tag für Tag für eine gute Ausbildung und Erziehung unserer Kinder sorgen.

Damit komme ich zum Schluss und fasse zusammen: „Das Saarland gibt Grund zur Hoffnung (...), Die eingeschlagenen Wege sollten mutig weitergegangen werden“, so

formuliert wörtlich die jüngste Untersuchung der Bertelsmann Stiftung zur Entwicklung der 16 Bundesländer. Auch wenn diese Feststellung in erster Linie auf die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land bezogen ist - sie lässt sich ohne weiteres auch auf die Felder der Bildungs- und Familienpolitik übertragen. Die Aufgabenfelder Familie, Bildung und Betreuung gehören zusammen. Deshalb sind die diesbezüglichen Zuständigkeiten in dem neuen Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur unter der Führung von Annegret Kramp-Karrenbauer zusammengefasst. Auf der Grundlage dieser modernen Struktur werden wir die einzelnen Elemente der dargestellten Offensive für stabile Familien, starke Kinder und gute Bildung in unserem Land umsetzen. Wir sind auf dem richtigen Weg. Gehen wir ihn weiter im Interesse der Kinder, im Interesse der Familien und im Interesse der Zukunft unseres Landes. Lassen Sie uns gemeinsam anpacken.